

## **Beim Wort genommen: Für ein öko-soziales Landesvergaberecht in NRW**

Christliche Initiative Romero [CIR] Breul 23 48143 Münster

Hannelore Kraft (MdL)  
Ministerpräsidentin  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Stadttor 1  
40219 Düsseldorf

04.04.2011

### **Beim Wort genommen: Für ein öko-soziales Landesvergaberecht in NRW**

Sehr geehrte Frau Kraft,

„Das Beschaffungswesen des Landes soll auf ökologisch-soziale Kriterien umgestellt werden. Der Faire Handel ist für uns ein wichtiger Baustein für die Umsetzung globaler Gerechtigkeit. Ziel ist, die Menschen in Nordrhein-Westfalen dafür zu gewinnen, stärker beim Einkauf auf soziale und ökologische Kriterien zu achten.“

So steht es im Koalitionsvertrag 2010 - 2015. Damit steht die Landesregierung auf einem guten Fundament. Und kann mit bestem Beispiel vorangehen.

#### **Rechtlicher Rahmen**

Die EU-Vergaberichtlinien und die Modernisierung des deutschen Vergaberechts vom 20. April 2009 geben die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Einbeziehung ökologischer und sozialer Kriterien in die Vergabe öffentlicher Aufträge vor. Bundesländer wie Bremen, Berlin, Rheinland-Pfalz und Hamburg haben entsprechende Vergabegesetze bereits verabschiedet.

Seit Oktober 2010 wird nun auch in NRW ein Tariftreue- und Vergabegesetz diskutiert.

Die unterzeichnenden zivilgesellschaftlichen Organisationen begrüßen diesen Schritt und fordern die Landesregierung sowie die zuständigen Ministerien auf, ökologische und soziale Kriterien nach Vorlage des Eckpunktepapiers des DGB zu einem festen Bestandteil im öffentlichen Vergabeverfahren zu machen.

## Beim Wort genommen: Für ein öko-soziales Landesvergaberecht in NRW

### Politische Verantwortung

Vergiftete Arbeiterinnen in der Computerproduktion Chinas, Hungerlöhne in der ostafrikanischen Blumenproduktion, endlose Überstunden und entlassene Gewerkschafterinnen bei Arbeitsbekleidungsunternehmen in Rumänien, für Pflastersteine ausgebeutete Kinder in indischen Steinbrüchen – auch für Produkte, in deren Herstellung menschenunwürdige Bedingungen herrschen sind Kommunen und das Land NRW die Auftraggeber. Seit Jahren weisen entwicklungspolitische Organisationen, Verbände, Gewerkschaften und die Kirchen darauf hin, dass bei der Herstellung von Produkten und der Erbringung von Dienstleistungen, die von der öffentlichen Hand gekauft werden, regelmäßig international anerkannte Umwelt- und Sozialstandards verletzt werden – insbesondere die von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) festgesetzten Kernarbeitsnormen sowie ökologische Standards. Das kann sich jetzt ändern.

Mit der Einbeziehung definierter ökologischer und sozialer Kriterien kommt die Landesregierung ihrer Vorbildfunktion gegenüber Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen nach. Die **verbindliche Einhaltung und Kontrolle der IAO-Kernarbeitsnormen** stellt dabei ein Mindestkriterium dar und hat positive Auswirkungen auf unterschiedlichen Ebenen:

- Förderung von unverzerrtem Wettbewerb und Vielfalt
- Kräftegleichgewicht durch weltweit gerechte Preise
- Achtung von Menschen- und Arbeitnehmer/innenrechten
- Verhinderung von Sozialdumping

Die Einkaufspraxis des Landes und der Kommunen in NRW muss Vorbild für Unternehmen und Privatkonsument/innen werden. Für eine umfassende Kontrolle und Nachvollziehbarkeit der Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien muss ein neues Vergabegesetz außerdem umfassende **Transparenz und Berichtspflichten** vorsehen sowie eine **zentrale Kontrollstelle** einrichten, welche die Einhaltung überprüft.

### Spielraum

Relevante Produktbereiche betreffen insbesondere Arbeits- und Dienstbekleidung, Textilien, Blumen für Veranstaltungen und Empfänge, Büromaterialien wie z.B. Papier, Elektronische Bauteile oder Produkte wie z.B. Computer, Fuhrparks und Fahrzeugzubehör, Holzprodukte und Natursteine im bau- und landschaftspflegerischen Bereich, Nahrungsmittel wie Kaffee, Tee, Orangensaft, Wein oder Schokolade in Behördenkantinen sowie bei Veranstaltungen.

## Beim Wort genommen: Für ein öko-soziales Landesvergaberecht in NRW

### Unterstützung

Die unterzeichnenden Organisationen sehen es als notwendig an, dass auf Bundes- oder Landesebene und unter Einbeziehung der Expertise von Nichtregierungsorganisationen eine **zentrale Servicestelle** geschaffen wird, die Beschaffer der kommunalen sowie der Landesebene berät, schult und Hilfestellung bei der Umsetzung leistet. Darüber hinaus müsste die Servicestelle eine Kontrollfunktion ausüben, die den Kommunen und dem Land gleichzeitig Aufwand, Kosten und Arbeit erspart.

Setzen Sie sich dafür ein, dass neben der Tariftreue **international anerkannte Umwelt- und Sozialstandards** im Land Nordrhein-Westfalen in die Vergabepaxis eingebunden werden!

Wir bitten Sie darum, zu unseren Vorschlägen Stellung zu beziehen und darzulegen, in welcher Form Sie sich dafür einsetzen werden.

Mit freundlichen Grüßen

die Unterzeichner/innen:



Andreas Meyer-Lauber  
DGB



Oliver Burkhard  
IG Metall



Gabriele Schmidt  
ver.di



Thomas Krämer  
Christliche Initiative Romero  
(CIR)



Udo Schlüter  
Eine Welt Netz NRW



Volkmar Lübke  
CorA



Christiane Schnura  
CCC



Dr. Jochen Behrmann  
BUND



Martina Schaub  
SÜDWIND e.V.



Klaus Breyer  
Zukunft einkaufen / Institut für  
Kirche und Gesellschaft



Veselina Vasileva  
WEED



Gertrud Falk  
FIAN Deutschland e.V.



Stefanie Neumann  
vamos e.V.



Claudia Pempelforth  
AllerWeltHaus Hagen e.V.



Markus Heissler  
Eine Welt Zentrum Herne



Georg Knipping  
Fair Handelsgesellschaft mbh